

## **Kommunistische Dilemmata angesichts der griechischen Euro-Krise: Austreten oder nicht austreten?**

*Christos Laskos, John Milios and Euclid Tsakalotos\**

*Vorspann: Statt seine Kritik an dem Artikel von Dirk Hirschel auf Seite 1 des letzten express in die Form eines Leserbriefs – oder gar eines Gedichts! – zu bringen, hat Ralf Kliche ihr die Form einer Übersetzung eines Textes aus den Debatten der griechischen Linken über das kommunistische Dilemma angesichts der Euro-Krise gegeben. Die Autoren Laskos, Milios und Tsakalotos, alle Mitglieder der linken Partei Syriza, setzen sich mit den Argumenten derjenigen Linken auseinander, die den Austritt Griechenlands aus dem Euro fordern – wie die prominenten Vertreter Costas Lapavitsas und Stathis Kouvelakis.*

Ein Teil der griechischen Linken plädiert für eine Strategie des Schuldenschnitts und des Ausstiegs aus dem Euro, zusammen mit der Umstrukturierung der Wirtschaft durch Abwertung, Verstaatlichung der Banken und der Renationalisierung der öffentlichen Einrichtungen, Industriepolitik usw. Unter Intellektuellen hat dieser Ansatz starke Unterstützung bei einer Reihe von griechischen Wissenschaftlern im Ausland gefunden. Auf der politischen Ebene wurde die Exit-Strategie als zentraler politischer Pfeiler in der außerparlamentarischen Linken vor allem durch Antarsya gefördert, sie fand aber auch starke Unterstützung bei einer Minderheit von Syriza (siehe Kouvelakis, 2011, S. 30).<sup>1</sup> Innerhalb der Kräfte, die sich rund um die Exit-Strategie zusammenfanden, gab es offensichtlich interne Differenzen und wir können nicht darauf hoffen, allen Nuancen der Positionen hier Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Vielmehr werden wir uns auf die Argumente derer konzentrieren, die das intellektuelle Schwergewicht in der Exit-Strategie darstellen.

Die Exit-Strategie besteht aus zwei wesentlichen Elementen: Das erste beruht auf einer Dekonstruktion jedes Arguments, das die EU als privilegiertes Terrain für Strategien der Linken ansieht. Das zweite will zeigen, dass Schuldenschnitt und Rückzug aus dem Euro den unverzichtbaren Ausgangspunkt für linke Strategien darstellen. So hat der erste Bericht der „Research in Money and Finance Group“ aus der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London aus dem Jahr 2010 argumentiert, dass die Option des "guten Euro" (wozu zum Beispiel die Einführung von Eurobonds, Erweiterung des EU-Haushalts zugunsten größerer Finanztransfers zwischen Staaten oder die Umwandlung der EZB in einen „lender of last resort“ gehören würden) politisch nicht machbar war (vgl. Lapavitsas et. al., 2010). Die Anhänger Europas, egal ob „zurückhaltend“ oder "revolutionär", seien, so Lapavitsas, weithin zu optimistisch, was auf supra-nationaler Ebene erreicht werden könne. Warum sollten "die wichtigsten Mächte" große Verluste akzeptieren, die

---

<sup>1</sup> Antarsya repräsentiert eine politische Allianz aus einer Vielzahl von außerparlamentarischen linken Parteien unterschiedlicher Tradition (trotskistische, orthodox marxistische und andere). Syriza stellt eine viel größere Gruppierung in Bezug auf Anzahl und Wählerschaft dar (sie hat derzeit neun Parlamentsabgeordnete), sie besteht aus Synaspismos, der größten griechischen Linkspartei nach der kommunistischen Partei KKE, sowie einer Anzahl von kleineren linken Parteien mit unterschiedlichen Traditionen (trotskistische, maoistische, links-eurokommunistische usw.). Die wichtigste orthodoxe kommunistische Partei, die KKE, hielt sich aus der Debatte über den Euro eher heraus. Obwohl für die virulente Anti-EU-Partei KKE klar ist, dass Griechenland für den Fortschritt zum Sozialismus nicht nur den Euro sondern auch die EU selbst verlassen muss, war sie im Großen und Ganzen nicht zu einer kurzfristigen Exit-Strategie bereit.

sich aus der Restrukturierung der Schulden auf EU-Ebene ergeben könnten (Lapavitsas 2012, 292)? Und er fragt weiter, ob es verwunderlich sei, dass das „Establishment der Euro-Zone“ kurzen Prozess mit Vorschlägen gemacht hat, die EZB zur direkten Finanzierung der öffentlichen Verschuldung heranzuziehen (293), und dass es darüber hinaus fraglich sei, ob wir auf einer koordinierten EU-Ebene Antworten auf makroökonomische Ungleichgewichte erhalten. Denn es gebe „keine kapitalistische Klasse, die systematisch die Steigerung der Löhne der eigenen Arbeiter zum Ziel hätte, damit würde sie in der Konkurrenz ruiniert. Würde die Lohnzurückhaltung in Deutschland gebrochen, wäre die Währungsunion sehr viel weniger attraktiv für die deutsche herrschende Klasse – und würde nur die Frage nach der Fortsetzung ihrer eigenen Teilnahme am Euro aufwerfen“ (294f.).

Es ist schwierig, mit dieser Art von Argumentation etwas anzufangen. "Revolutionäre Europäer" – um zugunsten von Lapavitsas' Argument diesen ziemlich irreführenden Begriff für diejenigen zu akzeptieren, denen er widerspricht – dürften wohl kaum glauben, dass die "wichtigsten Mächte" und das "Establishment der Euro-Zone" bereitwillig Umschuldung oder Finanzierung der öffentlichen Verschuldung akzeptieren würden. Auch denken sie nicht, dass es irgendwie im Interesse des deutschen oder irgendeines anderen Kapitals sei, die Löhne seiner Arbeiter zu erhöhen. Ebenso wenig, um ein letztes Beispiel zu nehmen, dürfte es ihnen an Bewusstsein fehlen, dass das deutsche Kapital auf den Euro als harte Währung angewiesen ist; dessen Glaubwürdigkeit ist entscheidend für die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation.<sup>2</sup> Eine radikale Strategie für die Linke, die mehr Gewicht auf die europaweite Ebene legt, muss wahrscheinlich die Notwendigkeit einer grundlegenden Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen mehr im Auge haben, als eine, die mehr Wert auf den Nationalstaat legt.

Deshalb ist sich Syriza, die die Exit-Strategie nicht unterstützt, voll und ganz der Größe der Aufgabe bewusst, die mit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen auf supra-nationaler Ebene verbunden ist. Aber sie meint, dass die Bildung von Allianzen zwischen radikalen Kräfte sowohl in den PI(I)Gs als auch in den nördlichen Volkswirtschaften eine wichtige Komponente für jede Antwort ist – nicht nur, um auf die steigende Verschuldungskrise zu reagieren, sondern auch um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, der die herrschenden Ideen und Praktiken von Produktion und Verteilung herausfordert. Sie gab sich keiner Illusion über den Umfang des Widerstands gegen jede Umschuldung hin, aber ihre Analyse geht davon aus, dass die globale Natur der kapitalistischen Krise jeder bloß nationalen Antwort schwerwiegende Einschränkungen auferlegt. In jedem Fall ergänzte Syriza ihre internationalistischen Interventionen um Initiativen auf nationaler Ebene und forderte eine radikale Umverteilung der Einkommen, Sozialisierung des Finanzsektors und viele der Maßnahmen, die auch vom Exit-Lager unterstützt werden. Außerdem war Syriza in gewissem Sinne radikaler in ihrer Skepsis gegenüber linken Strategien, die auf den „Wiederaufbau der griechischen Volkswirtschaft" als Sprungbrett zum Sozialismus setzten und damit die Frage der Produktionsverhältnisse etwas ins Abseits drängten.

---

<sup>2</sup> Wir sind nicht von Lapavitsas' (2012) Auffassung überzeugt, dass für Deutschland der Euro als eine Form des Welt-Geldes Bedeutung hat. Deutschland war vor dem Euro immer skeptisch, die D-Mark zu einer großen Reservewährung zu entwickeln, und diese Skepsis hat sich in Bezug auf den Euro erhalten.

Mit anderen Worten, unser Thema ist nicht die Notwendigkeit, über das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen nachzudenken, vielmehr geht es darum, wo das günstigere Terrain der Linken liegt und wo ihr Schwerpunkt liegen sollte. Weder ignorieren die "revolutionären Europäer" die nationalen Kämpfe, noch leugnen die Anhänger der Exit-Strategie die Notwendigkeit der supranationalen Interventionen. Ohne eine solche Analyse ist es schwierig, herauszufinden, warum TINA [There Is No Alternative] auf nationaler Ebene nicht zu halten ist – wie die gesamte Linke in den dunklen Jahren des Neoliberalismus argumentiert hat –, dass aber TINA, die Hauptstütze der kapitalistischen Ideologie, irgendwie vollkommen richtig sei, sobald wir uns auf der supra-nationalen Ebene bewegen. Die erforderliche Analyse eröffnet fast das ganze Set von Fragen einer linken Strategie: von der nach der Natur des heutigen Imperialismus zu der des Staates, von der Machbarkeit nationaler Wege zum Sozialismus zu der Natur linker ökonomischer Alternativen, von den Quellen kapitalistischer Hegemonie zu Klassenstrategien zur Veränderung der Kräfteverhältnisse. Auch aus diesem Grund glauben wir, dass die griechischen Debatten von Interesse für breitere Teile der Linken sind.

### **Die Krise der Eurozone im Angesicht der Geister der Dependenztheorie: ein falsches Dilemma?**

Beeinflusst von den antikolonialen Kämpfen waren viele neo-marxistischen Ansätze zum Imperialismus in der Nachkriegszeit von der Idee getragen, dass Ex-Kolonien und Entwicklungsländer den imperialistischen Ländern durch Abhängigkeitsverhältnisse untergeordnet waren. Dieser Begriff der Abhängigkeit, zusammen mit dem verwandten Konzept des Weltkapitalismus, formte die Zentrum-Peripherie-Theorien, die die globalen wirtschaftlichen Beziehungen als Beziehungen der Ausbeutung und der Polarisierung zwischen Ländern konzipierten – mit einem entwickelten imperialistischen "Zentrum", einer abhängigen "Peripherie" und einer "Semi-Peripherie" zwischen diesen beiden großen Polen. Dieser Ansatz war in den 1970er-Jahren sehr einflussreich und spielte eine gewisse Rolle im Denken der PASOK in ihrer frühen radikalen Phase vor ihrer Regierungszeit im Jahr 1981<sup>3</sup>.

Die Marginalisierung dieses Ansatzes lässt sich am besten aus seinem Scheitern für die Erklärung zeitgenössischer kapitalistischer Entwicklungen erklären: dem Aufstieg der ostasiatischen kapitalistischen gesellschaftlichen Formationen und später Chinas und anderer "BRIC"-Staaten, trotz der Marginalisierung der meisten Länder südlich der Sahara, Lateinamerikas und Asiens (Milios / Sotiropoulos 2009, Kapitel 2). Trotzdem sind erhebliche Teile des Zentrum-Peripherie-Schemas bei vielen Anhängern der Exit-Strategie zu finden:

*„Die Europäische Währungsunion (EWU) hat eine Trennung zwischen Kern und Peripherie geschaffen, und die Beziehungen zwischen den beiden sind hierarchisch und diskriminierend. Die Länder der Peripherie haben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den 2000er-Jahren verloren, deshalb haben sie Leistungsbilanzdefizite gegenüber dem Kern entwickelt und zunehmenden hohe Schulden bei den Finanzinstituten des Kerns aufgehäuft. Als Ergebnis davon hat sich Deutschland zum wirtschaftlichen Meister der*

---

<sup>3</sup> Es ist eine unbequeme Tatsache für die heutigen Anhänger der Exit-Strategie, dass ihr Ansatz so viel mit den gescheiterten „sozialistischen“ Erfahrungen der frühen 1980er Jahre in Griechenland verbindet. PASOK war in dieser Zeit auch einem nationalen Weg verpflichtet, in dem Industriepolitik, Planungsübereinkommen und Sozialisierung des öffentlichen Sektors eine wichtige Rolle spielen sollten – und das in einer Umgebung, in der Kapitalverkehrskontrollen, Wechselkurs- und Geldpolitik als Mittel der Politik frei verfügbar waren.

*Eurozone entwickelt. [...] Die Euro-Zone hat auch eine externe Peripherie in Osteuropa, das ähnliche Tendenzen gegenüber seiner internen Peripherie entwickelt [...] Italien [...] nimmt eine Zwischenstellung zwischen Peripherie und Kern ein [...] Aber welche Alternativen stellen sich derzeit den peripheren Ländern? Gefangen in der Eurozone, sind sie von fortgesetzten Sparmaßnahmen, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit, wachsenden sozialen Spannungen und dem Verlust der nationalen Unabhängigkeit bedroht“.* (Lapavitsas et. al. 2011, S 5 ff.)

Das Argument legt nahe, dass die Wettbewerbsfähigkeit kapitalistischer Länder des europäischen "Zentrums" - vor allem Deutschlands – durch die Durchsetzung niedriger Arbeitskosten gestiegen sei, in erster Linie durch Druck auf die Löhne und die Begrenzung der Inflation. Dabei hätten sie ihre Exporte innerhalb der Euro-Zone ausgebaut, während sie gleichzeitig die "produktive Basis" der Peripherieländer zerstörten, die nun in einer "Unterentwicklungs-Falle" zu stecken scheinen. Die anhaltenden Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz werden als unmittelbare Ergebnisse dieser Entwicklung angesehen. Für diejenigen, die dieser Argumentation folgen, scheint sich die Währungsunion in ein Instrument zur Ausbeutung der Länder der Peripherie durch die ökonomische "Dampfmaschine" des Zentrums verwandelt zu haben.

Ein solcher Ansatz verdrängt ein wesentliches Element von Marx' Problemstellung, nämlich Klassenkampf als Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung anzusehen, zu Gunsten eines bürgerlichen theoretischen Schemas, wonach Widersprüche und ausbeuterische Beziehungen zwischen den kapitalistischen Gesellschaftsformationen Geschichte vorantreiben. Er hat keine Vorstellung vom Staat als politischer Verdichtung von Klassenbeziehungen, dem Faktor, der den Zusammenhalt der kapitalistischen Gesellschaft verbürgt. Er scheitert deshalb daran zu begreifen, dass das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis ist, das in komplexer Weise (politisch und ideologisch über-bestimmt) im Rahmen einer besonderen (nationalen) Gesellschaftsformation reproduziert wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus und seine Krisen hängen nicht von den „Wünschen“ oder Strategien mächtiger Staaten ab, sondern sie beruhen auf dem Klassenkampf, wie er innerhalb der globalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung mit verschiedensten Verbindungen zu den Nationalstaaten reproduziert wird und diese umfasst. Dies kann als globale imperialistische Kette beschrieben werden (Milios / Sotiropoulos 2009, Kapitel 10) und ist ein Weg der Konzeptualisierung der komplexen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Verbindungen, die sich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Formationen entwickeln, welche den Klassenkampf in den einzelnen Ländern überbestimmen, aber nie das Übergewicht darüber erlangen.

Die imperialistische Kette schafft einerseits die Möglichkeit unterschiedlicher, oft widersprüchlicher nationaler Strategien - offensichtlich ungleich in ihrer Stärke. Aber zur gleichen Zeit haben die ungleichen Glieder in der imperialistischen Kette ein gemeinsames strategisches Interesse: Reproduktion des kapitalistischen Systems der Macht. Jeder Staat, wie auch immer er seine eigene Strategie in der internationalen Arena entwickelt, leistet auf dem Terrain sich verschiebender Korrelationen von Macht auch einen Beitrag zur Reproduktion des Kapitalismus auf globaler Ebene.

Die EU umfasst die Integration von kapitalistisch entwickelten europäischen Ländern: eine strategische Koalition ihrer herrschenden Klassen, die versuchen,

ihre Position sowohl gegenüber den USA als auch anderen entwickelten kapitalistischen Formationen zu stärken, vor allem aber gegenüber ihren „eigenen“ (europäischen) Arbeiterklassen. Die wesentliche Voraussetzung für die ungehinderte Kapitalakkumulation ist, dass es günstige Bedingungen für die Verwertung des Kapitals gibt, wozu auch kapitalistischer Wettbewerb zählt. Die Exposition gegenüber internationalem Wettbewerb ist die am besten geeignete Strategie zur Organisation bürgerlicher Macht. Sie dient der fortgesetzten Reorganisation der Arbeit und der Elimination nicht konkurrenzfähigen individuellen Kapitals zum Nutzen des gesamten Kapitals.

Die Unterstützer einer Exit-Strategie sind zu Recht der Auffassung, dass die EU eine starke und autoritäre Konstruktion zur Förderung kapitalistischen Interesses ist. Aber was wir hier in Frage stellen, ist die Behauptung, dass die EU im Wesentlichen eine Konstruktion ist, die den Interessen der nördlichen Volkswirtschaften dient - als ob es keine Klassenbeziehungen innerhalb der nördlichen Volkswirtschaften gäbe. Indem sie durch Binnenmarkt und Währungsunion dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt wurden, vollzogen sich in allen Mitgliedsstaaten erhebliche Umstrukturierungen zum Vorteil des Kapitals. Bezeichnenderweise sicherte diese Integration den weniger wettbewerbsfähigen Ländern höhere Profitraten, zufriedenstellende Wachstumsraten und einen Anstieg der durchschnittlichen Produktivität, zumindest bis 2008, als sie auf dem langen Weg zur Schließung der Lücke im Pro-Kopf-BIP von den weiter fortgeschrittenen Ländern des Europäischen Nordens getrennt wurden. Und all dies in einem Umfeld der "freien" Bewegung von Waren und Kapital ist ein Index der Wettbewerbsfähigkeit!

Während des Zeitraums 1995-2008 erlebte Griechenland einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 61 Prozent, Spanien von 56 Prozent und Irland von 124,1 Prozent. Demgegenüber betrug das BIP-Wachstum im gleichen Zeitraum 19,5 Prozent in Deutschland, 17,8 Prozent in Italien und 30,8 Prozent in Frankreich (siehe OECD, Economic Outlook, Band 2009/2, IWF, siehe auch Milios / Sotiropoulos 2010, S. 228). Wir stellen fest, dass in diesem Zeitraum, und entgegen dem, was in Spanien, Italien und einigen anderen europäischen Volkswirtschaften geschah, das Wachstum des griechischen BIP stärker auf Investitionen und auf einem hohen Wachstum von Beschäftigung und Produktivität basierte als auf staatlichem Konsum<sup>4</sup>. Die höheren Wachstumsraten in den "peripheren" europäischen Volkswirtschaften wurden sowohl von einer schnellen Reduzierung der Kosten inländischer Anleihen als auch von einem bedeutenden Zufluss ausländischer Investitionen in verschiedenen Formen begleitet. Dies verursachte anhaltende Überschüsse in der Kapitalbilanz. Allerdings schufen die Ungleichgewichte in den Kapitalbilanzen der Euro-Zone einen instabilen und gefährdeten Rahmen dieser Symbiose, die sich nach der Krise von 2008 schnell auflöste.

Eines der bemerkenswertesten Kennzeichen des ersten Jahrzehnts des Euro ist das anhaltende Ungleichgewicht in den Leistungsbilanzen: Bestimmte Länder zeigen chronische Überschüsse, während andere immer unter Defiziten leiden. Dennoch kann die Kausalität zwischen diesen beiden "Gegebenheiten" nicht so sein, wie es in den entsprechenden Diskussionen oft beiläufig behauptet wird. Mit anderen Worten: Das Leistungsbilanzdefizit muss nicht einfach die unmittelbare Folge eines entsprechenden "Defizits" in der Wettbewerbsfähigkeit sein. Im Gegenteil, es ist durchaus möglich, dass beide das Ergebnis einer davon verschiedenen tieferen

---

<sup>4</sup> Alpha Bank: "Greece and Southeastern Europe, Economic & Financial Outlook", Nr.74, Mai 2010

Ursache sind, nämlich den erheblichen Unterschieden in den Niveaus kapitalistischen Wachstums und der speziellen Form der "Symbiose" innerhalb des Euro.

Zwei weitere grundlegende Parameter scheinen in dieser Hinsicht relevant. Auf der einen Seite, verstärkten die höheren Profitraten an der "Peripherie" finanzielle Erträge als Ganzes, mit dem Ergebnis, dass internationale Investoren immer stärker versuchten, diese hohen Wachstumsraten zu finanzieren, erst recht in einem Umfeld, wo Wechselkurse und andere Risiken in dieser Zeit so viel kleiner erschienen. Die Länder der "Peripherie" konnten so starke Überschüsse in ihren Bilanzen nachweisen. Für das Kapital aus dem Zentrum wurden unterschiedlichste Investitionen in diesen Ländern attraktiv. Auf der anderen Seite galten für die Volkswirtschaften der Eurozone mit ihren unterschiedlichen Wachstums- und Profitraten die gleichen Regelungen mit einheitlichen nominalen Zinssätzen, wie sie durch die EZB festgelegt wurden. Die Zinssätze waren für die Länder der "Peripherie" erheblich niedriger, als sie es vor der Einführung der gemeinsamen Währung waren. Diese Tatsache, in Verbindung mit den höheren Inflationsraten in diesen Ländern, noch einmal übersetzt in noch niedrigere Zinsen für den lokalen Bankensektor, legte das Fundament für die Explosion der (privaten und öffentlichen) Kreditaufnahme.

Beide Faktoren verstärkten die Kreditaufnahme und trugen zu einer weiteren Aufheizung der "peripheren" Wirtschaft bei. Die Produktion orientierte sich dabei an den Bedürfnissen einer beträchtlichen Binnennachfrage<sup>5</sup>, was den Effekt sich weiter verstärkender inflationärer Tendenzen hatte. Die wirkliche Höhe der Zinssätze fiel sogar noch weiter und verstärkte auf diese Weise eine weitere finanzielle Hebelwirkung. Zur gleichen Zeit verursachte die hohe Binnennachfrage den Bedarf nach mehr Importen. Der Fluss von Kapital in die "Peripherie" glich auf der einen Seite die Kosten der Teilnahme am Binnenmarkt aus, während zugleich die Voraussetzungen für eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen wurden (als höhere Inflation die Preise der im Inland produzierten Güter erhöhte). Damit trug der Euro bei zur Verfestigung der Asymmetrien in den Leistungsbilanzen, zu Divergenzen der Stückkosten von Arbeit und zu Inflation (Wettbewerbsfähigkeit).

Natürlich ist es nicht einfach, die Kausalitäten zwischen Leistungsbilanzdefiziten und Kapitalbilanzüberschüssen auseinanderzuhalten. Ein "Zentrum-Peripherie"-Ansatz, so würden wir argumentieren, führt aber in jedem Fall in die Irre, wenn man die Dynamik der Eurozone verstehen will. Die Währungsunion erzeugt offenbar strategische Vorteile für die kollektiven Kapitalisten aller Länder, die an ihr teilhaben. Mit anderen Worten: Die Strategie, das individuelle Kapital dem internationalen Wettbewerb auszusetzen, führte zu hohen Wachstumsraten und Akkumulation in den weniger wettbewerbsfähigen Ländern der "Peripherie". Es ist nicht möglich, das Argument aufrecht zu erhalten, dass die WWU ausschließlich der Diener der "unersättlichen" Strukturen Deutschlands mit seiner wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist.

Darüber hinaus legt die Erfahrung in Griechenland nach der Verabschiedung des ersten Stabilisierungspakts nahe, dass das, was wir erlebt haben, als ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der griechischen Arbeitnehmer zum Wohle des griechischen Kapitals anzusehen ist. Man könnte auch sagen, dass Griechenland einen entscheidenden Testfall für die Möglichkeit des europäischen Kapitals

---

<sup>5</sup> Dies gilt nicht für Irland.

darstellt, eine "Lösung" der Krise zu finden, die seine Macht stärkt. Die Betonung von Deutschlands Rolle verkennt diese beiden Aspekte massiv und zu Lasten der sozialistischen Strategie, der wir uns jetzt zuwenden.

### **Eine Kritik der nationalen Wege zum Sozialismus: Klassenpolitik revisited**

Oben haben wir argumentiert, dass die finanzielle und wirtschaftliche Architektur der Euro-Zone, die nicht einfach auf einer einheitlichen Währung beruht, als Mechanismus fungiert, in allen Mitgliedsländern Druck auf die Reorganisation der Arbeit auszuüben. Der Druck auf die deutsche Arbeiterklasse, der lange vor dem Ausbruch der Krise begann, ist ein wichtiger Teil der Geschichte. Die Schuldenkrise hat weiterhin dazu gedient, die Schrauben bei Arbeitern in allen Bereichen der Euro-Zone anzuziehen. Die Austeritätspolitik wurde fast überall übernommen, obwohl es ihr nicht gelang, die Krise der Euro-Zone zu stoppen.

### **Ist die Exit-Strategie eine Antwort auf die Krise in der Eurozone?**

Aus unserer Sicht ist das grundsätzliche Problem nicht die vermeintliche Radikalität der Exit-Strategie, vielmehr gelingt es ihr nicht, die vorherrschenden Ansichten über das Wesen der griechischen Situation in Frage zu stellen. In diesem Sinne gelingt es ihr nicht, mit herrschenden Vorstellungen über die Bedeutung der nationalen Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit zu brechen. Als gravierende wirtschaftliche und soziale Folgen des Ausbruchs aus dem Euro können (vermutlich in schneller Folge) vorhergesagt werden: Kapitalverkehrskontrollen, Verstaatlichung des Bankensektors und führender Industrien. Das heißt, wir haben eine nationale Antwort angesichts einer globalisierten Welt, mit all den zahlreichen Abhängigkeiten, die damit verbunden sind, sowie eine Kapitalistenklasse, die vereint und organisiert auf Weltebene agiert.

Die von uns hier unterstützte Alternative ignoriert nicht die Bedeutung von Nationalstaat und lokalen Kämpfen. Im Gegenteil gesteht sie gerne zu, dass der primäre Ort des Kampfes innerhalb des Nationalstaats liegt und gegen die bürgerliche Klasse des betreffenden Staates geführt wird. Aber sie ist sich auch voll darüber im Klaren, wie wichtig es ist, darüber hinauszugehen und jenseits der Ländergrenzen Allianzen zu schließen und Initiativen zu fördern. Arbeiter in den PI(I)GS und den nördlichen Volkswirtschaften haben eine Menge gemeinsamer Interessen, die genutzt werden müssen. Einige im Exit-Lager haben darauf Wert gelegt, ihren Ansatz in der Tradition des linken Internationalismus zu verorten. So ist manchmal behauptet worden, dass Griechenland das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette darstelle, und dass ein radikaler Bruch mit der Euro-Zone in Griechenland zu radikalen Initiativen andernorts führen werde. Aber es ist nicht überzeugend, wenn eine Strategie, die mindestens in der Anfangsphase auf einer kompetitiven Abwertung beruht, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen kapitalistischen Wirtschaft zu fördern, als eine Übung in Internationalismus verkauft werden soll. Darüber hinaus erweckt eine Betonung der nationalen Ökonomie nicht grade den Eindruck, dass ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie darin bestehen könne, die größtmögliche Konzentration von Arbeitern zusammenzubringen, um es mit dem Klassenfeind aufzunehmen.

Ein zusätzliches Problem ist, dass solche Ansätze daran scheitern, aus der Geschichte zu lernen: Nationale Wege zusammen mit der Dämonisierung des fremden "Anderen", ohne die notwendigen Klassenunterschiede herauszuarbeiten und ohne die Integration in einen regionalen Klassenkampf, können leicht durch nationalistische Kräfte manipuliert werden. Dies ist besonders schmerzlich im

griechischen Kontext, wo die Schuldenkrise und Euro-Exit-Option von einer breiten Palette von nationalistischen Kräfte mit ganzem Herzen aufgegriffen wurde, deren antiimperialistische Rhetorik von der bestimmter Teile der Linken nicht immer leicht zu unterscheiden ist<sup>6</sup>. Der Schuldenschnitt wird in diesen Strömungen unterstützt, weil Griechenland "nicht etwas schuldet, sondern sie schulden uns etwas". Das Land sehe sich einer neuen Form der "Besatzung" gegenüber, ein Begriff, der immer noch eine starke Resonanz in einem Land hat, das seine Kriegserfahrungen und alles, was daraus folgte, nicht vergessen hat. Es ist unnötig zu sagen, dass diese Argumentationslinie keine interne Trennung zwischen dem "Volk" und der "Nation" zulässt.

Syriza hat dazu klar Stellung bezogen. Auch die Generalsekretärin der KKE, Aleka Papatrifa, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass unter den gegenwärtigen Umständen ein Ausstieg aus dem Euro katastrophale Folgen haben könnte. Für die KKE ist der Austritt längerfristig zu verschieben, bis die "Volksherrschaft" erreicht ist. So hat die Haltung von SYRIZA und auch zu einem gewissen Grad der KKE zur Exit-Strategie nichts damit zu tun, dass sie eine "Rolle des passiven Auffanglagers für den Volkszorn" akzeptieren würden (Kouvelakis, 2011, S. 31), sie hat mehr zu tun mit einer Klassen-Analyse der kapitalistischen Krise und ihrem historischen Verständnis der Dynamik nationalistischer Politik.

Die lange Tradition innerhalb der griechischen Linken, großen Wert auf den Wiederaufbau der Wirtschaft zu legen, hat auch den herrschenden Diskurs beeinflusst, insbesondere die Modernisierungsströmungen, die mit der ersten PASOK-Regierung unter Kostas Simitis im Jahr 1996 in den Vordergrund traten. Der herrschende Diskurs hat argumentiert, dass er die nach Außen gerichtete pro-europäische Option darstelle. Was in der Tat im Angebot war, war eine nationale Strategie innerhalb der EU. Modernisierer waren vor und nach dem Ausbruch der Krise bereit, einige Kritik der bestehenden EU-Politiken und -Institutionen zu formulieren, aber deren Veränderung wurde nie als ein unverzichtbares Element der angebotenen Lösungen gesehen. In der Zeit nach 1974 war die Linke besorgt um die Wiederherstellung der Volkswirtschaft. PASOK und KKE glaubten, dass dies am besten außerhalb der (damaligen) EWG erreicht werden könne, während die KKE-Inland, indem sie eurokommunistische Tendenzen innerhalb Griechenlands aufgriff, argumentierte, dass eine nationale Strategie innerhalb der EWG besser sei. Aus diesem Konflikt, der später in verschiedenen Verkleidungen mehrfach wieder auftauchte, erwuchs eine Strategie die zum Teil auf übernationalen Lösungen basierte.

Aber es ist interessant, dass die nationale Schwerpunktsetzung sozialistischer Politik in den Jahren vor dem Ausbruch der Krise einer sehr ernsten Kritik unterzogen wurde. Vieles dabei drehte sich um das Thema des Ökonomismus und Etatismus der traditionellen Linken, genauso wie um ihre Konzentration auf Wahlerfolge und Regierungsbildung, ihren „Gouvernementalismus“, um einen griechische Ausdruck zu verwenden. Man kann nicht sagen, dass diejenigen, die die

---

<sup>6</sup> So hat D. Kazakis, ein unabhängiger Ökonom, der ursprünglich aus der KKE kommt, seine eigene Partei mit identifizierbaren nationalistischen Ansichten gegründet. Davor hat ihm seine Unterstützung der Schuldenschnitt- und Exit-Option ermöglicht, dass er von linken Organisationen eine Plattform erhielt, die es besser hätten wissen müssen. Ein anderer Fall ist der von Spitha (Funke), einer Gruppe rund um den berühmten Musiker Mikis Theodorakis. Theodorakis ist eine historische Figur der Linken, aber seine zunehmend patriotische Rhetorik und ein unappetitliche Entourage haben dazu geführt, dass heute die nationalistischen Aspekte in Spitha dominieren.

Exit-Strategie unterstützen jemals große Bereitschaft gezeigt hätten, sich mit solcher Kritik auseinanderzusetzen.

Zum Beispiel kann die ökonomistische Neigung des Ansatzes herausgearbeitet werden an der Bedeutung, die der Einführung einer nationalen Währung eingeräumt wird. Möglicherweise kann mit Hilfe einer Abwertung ein gleicher Reallohn-Rückgang bei geringerer Arbeitslosigkeit erzielt werden, aber es ist nicht offensichtlich, dass eine Abwertung immer der Art der internen Deflation vorzuziehen ist, die derzeit durch die Troika verfolgt wird. Der Dirigismus des Ansatzes scheint nichts aus früheren Erfahrungen mit Links-Regierungen gelernt zu haben, wie z.B. dem französischen Experiment aus den frühen 1980er Jahren. Es scheint, dass die Idee, die Bildung einer linken Regierung sei eine hinreichende Bedingung für einen Wandel politische Macht, nur schwer stirbt. Und dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Schwerpunkt so sehr auf der Rekonstruktion der produktiven Basis der Wirtschaft zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit liegt, und so wenig auf der Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Förderung neuer Formen der gesellschaftlichen Produktion. Diese Argumentation wird im folgenden Abschnitt ausführlicher aufgegriffen.

Der Gouvernamentalismus des Ansatzes zeigt sich darin, welche Bedeutung der Frage zugemessen wird, was eine linke Regierung zu tun habe, um Griechenland aus der Krise zu bringen. So ist die ganze Linke in eine oft bissige Debatte darüber verwickelt, was getan werden muss, sobald die Linken an der Regierung sind. Diese kann die zentralen Aufgaben des Aufbaus einer Bewegung in diese Richtung nur begleiten, mit einem Maß an aktiver Beteiligung, das, wie die Erfahrung gezeigt hat, eine lebenswichtige Voraussetzung für die bestmögliche Nutzung der Regierung ist.

Hinter diesem Triptychon scheint eine Rückkehr zu einer Form der Volksfront zu stehen: Es ist, als ob die Menschen ein gemeinsames Interesse gegen das große Kapital haben und dabei die Probleme der Volks- und Staatsmacht erheblich vereinfachen. Auch dies kann ein Ergebnis eines "Zentrum-Peripherie"-Denkansatzes sein, der suggeriert, dass der griechische Kapitalismus und damit auch die Kräfte der Reaktion schwach seien. Dieser Ansatz steht, wie wir gesehen haben, aus theoretischer Sicht nicht gut da, was aber vielleicht noch wichtiger ist: Er ist nicht aus den Ereignissen nach dem Ausbruch der Krise entstanden. So weist Rylmon (2011) darauf hin, dass:

*„[die] oberen sozialen Gruppen wie auch ein großer Teil der Mittelschichten die Verschlechterung durch Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und soziale Dienste ebenso akzeptieren wie den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Ausbreitung der Armut. Es ist eine Tatsache, dass die Folgen der Krise und die Politik in der Krise Auswirkungen auf fast alle Teile der Bevölkerung hatten. Trotzdem wurden die Verschlechterungen, die durch diese Politik verstärkt wurden, von einer großen Mehrheit der Privilegierten mit großem Enthusiasmus aufgenommen ... Firmen entlassen in großer Zahl diejenigen, die für die Wahrung der legalen Rechte der Arbeiter kämpfen ... deshalb bedeuten unter diesen Bedingungen Rufe nach nationaler Einheit einen Fehler, der das wirkliche Problem verkennt.“*

Die Austeritätspolitik hat die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert. Die Gleichheit der Unsicherheit, die, wie John Gray sagt, sowohl die Beschäftigten des privaten wie des öffentlichen Sektors trifft, hat die Erfahrungen sehr vieler Menschen vereint und die Möglichkeit individualistischer Reaktionen stark

eingeschränkt. Zugleich hat sie zu einer Proletarisierung von Teilen der Mittelschicht geführt. Was wir erleben, ist die Rückkehr der sozialen Frage, und die Priorisierung des Themas der Arbeitsplätze und Löhne. Dies ist die Grundlage für eine Rückkehr zur klassenorientierten Politik und zur Notwendigkeit, von vorne beginnen. Und aus diesem Grund hat ein Teil der Linken die radikale Umverteilung der Einkommen in den Mittelpunkt ihrer Antwort gestellt. Es ist nicht "eine einfache Ablehnung der Austeritätspolitik", wie Kouvelakis (2011, 29) suggeriert. Eine solche Position erfordert zudem eher mehr Klarheit darüber, wer Freund und wer Feind ist, als die Anhänger der Exit-Strategie zuzugestehen bereit sind.

Die zentrale Frage dreht sich zumindest für uns darum, ob der grundlegende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Kapital und Volk besteht. Was wir brauchen, ist ein Diskurs, der die Klasse betont und nicht das „Volk“, ein Diskurs der das Potential hat, die Industriearbeiter, die prekär Beschäftigten und Mitarbeiter des Supermarktes zu vereinen.

Dies bedeutet nicht, dass es keine Mittelklassen gibt, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen können. Aber darüber nachzudenken, bedeutet, über die antimonopolistischen Schemata hinauszugehen, die einige Teile der griechischen Linken dominieren. Die Kategorie der Mittelklassen, einschließlich des Kleinbürgertums (Milios / Economakis 2011), deckt ein breites Spektrum von Erfahrungen und sozialem Handeln ab. Die Linke muss diese Unterschiede analysieren. Es braucht auch eine hegemoniale Politik, die versucht, einige dieser Klassen einzubeziehen, aber nicht auf der Grundlage traditioneller Vorgehensweisen, die im Fall Griechenlands einfach Steuerhinterziehung oder Schlimmeres implizieren würde, sondern auf der Basis von neuen Methoden, neuen Konsums und Prototypen von Produktion.

### **Alternativen zur Hegemonie des Kapitalismus**

Wir kritisieren hier eine Position von eigenartig konservativer Qualität. Es ist, als habe die Linke zwar schon immer den Weg zum Sozialismus gekannt, einschließlich der optimalen ökonomischen Interventionen auf diesem Weg, und als sei nur angemessenes politische Klima erforderlich, um diese vorhandene Formel zu reaktivieren. Man müsse nur aus der Not eine Tugend machen, den Euro verlassen, und das Aussetzen der Schuldentilgung biete einen idealen Rahmen für die Umsetzung der üblichen Palette von linken ökonomischen Antworten: Kapitalverkehrskontrollen und Verstaatlichung der Banken, Preiskontrolle, Renationalisierung des größten Teils der öffentlichen Versorgungsunternehmen, die von den Regierungen der Nea Demokratia (ND) und der PASOK seit 1996 privatisiert wurden, Industriepolitik und so weiter...

Diejenigen, die sich die Erfahrung, oder besser das Schicksal der alternativen ökonomischen Strategie in Großbritannien oder das gemeinsame Programm der Linken in Frankreich in Erinnerung rufen, könnten versucht sein, etwas milde Überraschung darüber auszudrücken, dass sich in der Zwischenzeit so wenig geändert hat. Man kann auch nicht behaupten, dass die Befürworter der Exit-Strategie großes Interesse an der Erörterung der Gründe für diese Misserfolge in der Vergangenheit gezeigt hätten, an alternativen ökonomischen Experimenten oder dem Ausmaß, in dem die wirtschaftliche Entwicklung seit den 1970er Jahren, wie die Globalisierung und Finanzialisierung, neue Ausgangspunkte erzwungen hat. Aber über Alternativen nachzudenken, ist nicht nur eine Frage der Beurteilung von Fehlern in der Vergangenheit. In den meisten marxistischen Konzeptualisierungen

sollte sich Theorie - und damit Praxis - zum Teil auf die Verallgemeinerung der tatsächlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse stützen. Aktueller formuliert, müsste sich die Linke darum bemühen, in diese Formulierung die Erfahrungen der feministischen, antirassistischen und anderer Bewegungen einzubeziehen, die gegen die Kommerzialisierung von sozialen und öffentlichen Gütern gekämpft haben. Die Erfahrungen der Anti-Globalisierungs-Bewegung könnten angesichts ihrer weiten Verbreitung in den mageren Jahren der neoliberalen Hegemonie eine ausgezeichnete Lektion für die Linke abgeben, wie sie an alternative ökonomische und politische Strategien herangehen könnten. Grassroot-Aktivismus, Selbstorganisation, Selbstmanagement, soziale Ökonomie, social auditing, fairer Handel und ethisches Bankwesen können als Erfahrungen angesehen werden, die auf der ganzen Welt entstanden sind und die realistischerweise die Elemente eines neuen Ansatzes bilden könnten. Nicht unbedingt als Alternativen zu demokratischer Planung oder Industriepolitik, aber zumindest als sinnvolle Ergänzungen. Wir möchten zwei Themen betonen, die vielen dieser Innovationen gemein sind: Soziale Bedürfnisse stellen den wesentlichen Ausgangspunkt für das Nachdenken über Alternativen dar (siehe Lebowitz, 2003), und eine aktive Antwort von den Vertretern des Wandels muss unverzichtbar diese Bedürfnisse adressieren, deshalb müssen sie politische Aspekte jeder Übergangs-Strategie sein<sup>7</sup>.

Es ist nicht so, dass eines dieser beiden Themen bei früheren Experimenten komplett gefehlt hätte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Britische Linke, die sich für eine alternative ökonomische Strategie engagiert haben, waren bemüht, die Rolle der industriellen Demokratie und Teilhabe der Arbeiter zu betonen. Es würde zu weit gehen zu behaupten, dass die Strategie ausschließlich in der Verstaatlichen von großen Banken und Unternehmen bestanden hätte. Aber es geht nicht zu weit zu behaupten, dass es übertriebene Erwartungen gab, inwiefern ein solcher Transfer aus sich selbst heraus neue Möglichkeiten für einen sozialistischen Übergang eröffnen würde. Im Rückblick scheint die vorherrschende Meinung gewesen zu sein, dass ein von der Linken kontrollierter Staat auf deren Vorstellungen gegründet werden könnte, welche Bedürfnisse der Arbeiter zu priorisieren sind, während deren aktive Beteiligung von unten im besten Fall ein zusätzliches Moment war.

Im Gegensatz dazu bietet unsere Konzeption, was die beiden Themen - Bedürfnisse und aktive Mitwirkung von unten – anbelangt, eine Basis für die Vereinigung der Erfahrungen aus einer Vielzahl von Bewegungen. Einige davon sind antikapitalistisch, aber viele haben (nur) eine antikapitalistische Dynamik, ohne dass sich ihre Vertreter bewusst dazu bekennen würden. Die Zusammenhänge, die sich damit befassen, versuchen, typisch kapitalistische Formen von Produktion und Konsumtion in Frage zu stellen, nicht bloß deren neoliberale Variante. Sie setzen auf neuen und interessanten Wegen wieder die historische marxistische Frage auf die Tagesordnung: Wer produziert was für wen und wie? Sie eröffnen die Frage nach neuen Technologien und wie diese der Gemeinschaft, nicht aber der Kontrolle der Kapitalisten über Produktions- und Verteilungsprozesse dienen können. Sie beziehen sich direkt auf ökologische Bedenken gegenüber nachhaltiger Entwicklung oder feministische Bedenken hinsichtlich der Rolle der "Pflege" in unseren Gesellschaften.

---

<sup>7</sup> Diese beiden Themen stehen im Mittelpunkt von Laskos' und Tsakalotos' (2011) Buch (in griechischer Sprache), das die Antwort der Linken auf die Krise aus historischer Perspektive betrachtet. Der Titel des Buchs „Keine Umkehr“ bezieht sich nicht nur auf die sozialdemokratischen und neoliberalen Experimente der Nachkriegszeit, sondern auch auf die Antwort der Linken auf die Krise der 1970er Jahre in Bezug auf die nationalen Strategien, im wesentlichen die Rekonstruktion der inländischen Wirtschaft.

Zur gleichen Zeit umfasste seit 2008, und in Griechenland vor allem seit 2010, der soziale Widerstand gegen die Sparmaßnahmen vielfältige Formen der Solidarität und Initiativen zum Aufbau einer parallelen sozialen Ökonomie. Zwar könnte eingewandt werden, dass diese Experimente nur zögerlich und sporadisch waren und die kritische Masse verfehlten, die notwendig ist, um tragfähige alternative Formen von Konsumtion und Produktion zu entwickeln, geschweige denn, dass sie ernsthaft das System in Frage gestellt hätten. Aber in der Position, die wir hier kritisieren, werden solche Experimente, wenn überhaupt, eher als nützliche Proteste gesehen, mit denen die Unzufriedenheit mit der Sparpolitik der Regierung zum Ausdruck gebracht wird. Ihnen wird wenig Einfluss auf das große Bild der Einrichtung einer lebensfähigen sozialistischen Wirtschaft zugestanden.

Wir sagen dagegen, dass dies ist sehr eine beschränkte Konzeption ist. Wenn Kouvelakis (2011) argumentiert, dass Syriza ihre politische Strategie darauf beschränkt, gegen die Sparmaßnahmen zu opponieren und gleichzeitig zu hoffen, dass das griechische Schuldenproblem zu einem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft irgendwie gelöst würde, dann ist dies in doppelter Hinsicht irreführend.

Erstens argumentiert ein Teil der radikalen Linken, dass wir über die Diskussion der Schuldenproblematik, so wichtig sie ist, hinausgehen müssen, um überzeugende Antworten auf die Krise geben zu können. Wenn man dieses Problem als Kampf zwischen denen darstellt, die für Sparmaßnahmen innerhalb des Euro eintreten und jenen, die für einen Austritt aus dem Euro eintreten, um Raum für eine Restrukturierung der Ökonomie und Wachstum zu erlangen, dann verbleibt man auf dem Terrain der herrschenden Ideologie. Für diese Ideologie, meist als Bedrohung erlebt, bleibt als einzige Alternative zur Sparpolitik, mit allen damit verbundenen Kosten aus der Euro-Zone ausgewiesen zu werden. Diesem Dilemma kann man nur entkommen, wenn das Problem der Verschuldung neben den Krisenproblemen in der kapitalistischen Produktion und Konsumtion richtig gewichtet wird, so wie oben beschrieben.

Zweitens war der Teil der Linken, den Kouvelakis kritisiert, intensiv in all diesen oben diskutierten Bewegungen engagiert, und das nicht nur als Ausdruck der Solidarität. Diese Linken waren auch der Überzeugung, dass sie sich nicht nur in Worten sondern auch in Taten von den herrschenden Eliten unterscheiden müssen, wenn sie ihre Hegemonie zurückgewinnen wollen. Der Neoliberalismus hat zu einer Abwertung der Politik und ihres Potenzials, die Dinge tatsächlich ändern, geführt. Es ist also die Frage nach den Akteuren des sozialen Wandels zu stellen. Für uns sind diese Formen der Solidarität und der sozialen Ökonomie eine Praxis mit radikalem Potenzial. Zum einen stellen sie eine unmittelbare Reaktion auf die Bedürfnisse der Menschen dar, die unter der neoliberalen Reaktion auf die Krise am stärksten leiden. Zum anderen bieten sie transformative Strukturen (Suchting, 1983), in denen Menschen den Wert der Solidarität praktisch erleben und erkennen können, dass Politik im weitesten Sinne tatsächlich Dinge ändern kann. Um es klar zu sagen: Menschen ändern ihre Auffassungen in erster Linie wegen materieller Umstände und ideologischer Neubesinnung. Aber Praktiken, die im Widerspruch zu kapitalistischen Werten stehen, können auch eine wichtige Rolle spielen: In einem Kontext, in dem Gewerkschaften oder Organisationen der Arbeiterklasse aller Art nicht in der Lage sind, eine solche Rolle zu erfüllen, zumindest so wie in der Vergangenheit, muss die Linke sehr ernsthaft über die Rolle von alternativer Praxis nachdenken.

Es sei denn, man denkt, dass das wichtigste Element bei der Transformation das Bewusstsein ist, in Bezug auf gegenwärtige Konjunkturlage auf der "richtigen"

politischen Linie zu liegen. Wir fürchten, dass für viele der griechischen Linken der Austritt aus dem Euro und die Aussetzung der Schuldentilgung - deren Fragwürdigkeit wir schon erläutert haben - eine solche Linie war / ist. Aber der Punkt hier ist, dass man mit der richtigen "Linie" nicht viel erreichen kann. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Position, die wir kritisieren, daran scheitert, schwierige Fragen über das Maß an Unterstützung für ihre gewählte Strategie zu stellen.

In Griechenland besteht selbst unter fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung eine weit verbreitete Skepsis, dass der bestehende Staat ein Werkzeug des Wandels in irgendeine gewünschte Richtung sein könne. Dies spiegelt nicht nur die Auswirkungen so vieler Jahre neoliberaler Hegemonie sondern auch die tatsächliche Funktionsweise des griechischen Staates - ein hierarchischer, ineffizienter, klientelistischer und autoritärer Staat, der den griechischen Kapitalisten und ihren Verbündeten gute Dienste geleistet hat.

Einige der drängendsten Fragen für die griechische Linke müssten sein, wie man einen solchen Staat herausfordert, wie er zu demokratisieren ist, wie man ihn für soziale Bedürfnisse sensibilisieren könnte und wie man ihn mit Formen direkter Demokratie verbinden könnte. Nicht so für die Ansicht, die wir hier kritisieren, und die annimmt, dass: 1) der Staat in der Lage ist, die traditionelle Palette linksgerichteter wirtschaftlicher Alternativen umzusetzen, und dass 2) genügend Leute glauben, dass dies der Fall ist. Es scheint wenig Berechtigung für diese Behauptungen zu geben. Es ist nicht so, als gäbe es einfache Antworten auf solche Fragen. Aber es ist schwer zu glauben, dass Fortschritt möglich ist, ohne sie zumindest auf verschiedenen Ebenen zu stellen. Können sich zum Beispiel Gewerkschaften des öffentlichen Sektors so verändern, dass sie in der Lage sind, ihre traditionellen Forderungen mit denen von Verbrauchergruppen und sozialen Bewegungen zu verbinden, die bessere öffentliche Dienstleistungen fordern?

Aber sind wir ernsthaft der Auffassung, dass Fortschritt in Richtung Sozialismus oder zumindest ein linker Ausweg aus der Krise, der neue Agenden eröffnet, auf die Auflösung solcher schwieriger Fragen warten muss? Natürlich nicht. Aber unsere Einwände klären ein in der Linken lange diskutiertes Thema. Im Zusammenhang mit der griechischen Konjunktur muss man fragen, ob das Programm der Linken schon unabhängig vor der Bewegung existiert. Eine Frage, die unabhängig davon bestehen bleibt, ob wir die Entwicklungen in Richtung auf eine andere Gesellschaft als einen langen Prozess evolutionärer Veränderungen verstehen, als eher kurzfristigen Bruch mit dem kapitalistischen System oder als etwas dazwischen (von mittelfristigen "Brüchen" entlang des Wegs zum Sozialismus, wie linke Eurokommunisten zu argumentieren pflegten).

Als Gegner der Linie des Austritts aus dem Euro und der Aussetzung der Rückzahlung der Schulden war / ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass, was immer wir von der Frage denken, dies kein Hindernis für eine gemeinsame Arbeitsbasis im Hier und Jetzt sein muss. Derzeit kündigt niemand eine Abwertung an - lasst uns aber nachdenken, was mit Bankeinlagen am Vorabend einer Wahl geschehen würde, wenn ein Sieg der Linken zu erwarten ist. Aber die wichtigste Frage ist, ob wir, wenn die Bewegung auf einen radikalen Bruch mit dem gegenwärtigen System zusteuert, die wesentliche Einheit der Bewegung und ihre Vernetzung mit gemeinsamen Anliegen und Wünschen priorisieren oder, auf der anderen Seite, die "richtige" politische Linie? Ist die Bewegung jetzt zu spalten aufgrund sehr verschiedener Antworten auf die Frage, was eine linke Regierung - einmal an der Macht - in Bezug auf den Wechselkurs und die Verminderung der

Schuldentilgung tun sollte? Mehr als die Antwort auf die Frage nach dem richtigen Wechselkursregime, muss diese Frage Priorität gewinnen, die wir als ungeheuer problematisch ansehen, vor allem, wenn sie als Ausrede benutzt wird, dem sozialen Druck zugunsten einer Einheit der Linken als Reaktion auf die Sparprogramme zu widerstehen.

(Im Original erschienen in: <http://thetrim1.blogspot.de/2012/02/communist-dilemmas-on-greek-euro-crisis.html>; Übersetzung aus dem Englischen: Ralf Kliche / Nadja Rakowitz)

## Literatur

S. Kouvelakis: "The Greek Cauldron", *New Left Review*, 72, November-December 2010, S. 17-32

K. Lapavitsas / A. Kaltenbrunner e.a.: "Eurozone Crisis: begger thyself and thy neighbour, Research on Money and Finance", Occasional Report 2010

K. Lapavitsas / A. Kaltenbrunner e.a.: "Breaking Up? A Route Out of the Eurozone Crisis", Research in Money and Finance, Special Report 3, 2011

K. Lapavitsas K: "Default and Exit from the Eurozone: A Radical Left Strategy", *Socialist Register 2012: The Crisis and the Left*, vol. 48, 2012

Ch. Laskos Ch. / E. Tsakalotos: "No Turning Back: capitalist crises, social needs, socialism", KaPsiMi publications, Athens (in Greek) 2011

D. Lebowitz: "Beyond Political Economy: Marx's Political Economy of the Working Class", Palgrave Macmillan 2003

J. Milios J. / D. Sotiropoulos: "Rethinking Imperialism: A Study of Capitalist Rule", Palgrave Macmillan 2009

J. Milios / G. Economakis: "The Middle Classes, Class Places, and Class Positions: A Critical Approach to Nicos Poulantzas's Theory", *Rethinking Marxism* Vol. 23 No. 2, April 2011, S. 226-245

P. Rylmon: "There is no quick exit strategy", *Epoxi*, 30.12.2011

W.A. Suchting: "Marx: An Introduction", Wheatsheaf Books 1983